

wirkung Dinge voranzutreiben und die Beziehungen von Nordrhein-Westfalen zum Ausland optimal zu nutzen. Übrigens wird dieses auch in Berlin so gesehen, gerade bei diesem Thema.

Sie haben bereits bemerkt, dass auch von französischer Seite diese Aktivitäten mit großer Unterstützung und Wohlwollen begleitet werden. Sie erinnern sich, dass der Premierminister François Fillon die Schirmherrschaft übernommen hat und dass bei der Auftaktveranstaltung im K21 der französische Europa-Staatssekretär demonstrativ seine Anwesenheit möglich gemacht hat. Alfred Grosser war dabei. Das ist alles ein kleines Indiz dafür, dass auch die französische Seite dieses ernst nimmt. Das ist nicht zuletzt deutlich geworden – Frau Löhrmann hat es angesprochen – auch durch ein klares Signal, nämlich durch die Teilnahme von Präsident Sarkozy beim Besuch des Ministerpräsidenten Rüttgers auf dem Mont Valérien. Spätestens dadurch ist auch in Frankreich eine hohe Aufmerksamkeit auf diese Aktivität gelenkt worden.

Es ist bereits angesprochen worden, welche Elemente dieses Programm haben wird. Es handelt sich um ein sehr umfangreiches und hochkarätiges Kulturprogramm, das insbesondere rund um den 3. Oktober in Paris zu sehen sein wird.

Es ist übrigens ein glücklicher Zufall, dass in der zweiten Jahreshälfte Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft inne hat und wir dann auch dort mit vielen kulturellen Elementen für Deutschland präsent sein können.

Es ist schon der für uns sehr wichtige Besuch von über 2.000 Schülerinnen und Schülern an diesem Wochenende rund um den 3. Oktober in Paris angesprochen worden.

Ich will auch ausdrücklich das Thema Zivilgesellschaft ansprechen. Um eine möglichst breite Beteiligung sicherzustellen, haben wir einen Wettbewerb ausgeschrieben. Es gab sehr viel mehr Bewerbungen, als es Möglichkeiten zur Unterstützung gibt. Der Wettbewerb ist mittlerweile entschieden worden. Die Teilnehmer haben auch bereits ihre Zuwendungsbescheide bekommen, so dass die ersten Projekte anlaufen können.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im möchte im Rahmen der Europawoche dann auch diese Projekte, die quer durch die gesamte Gesellschaft gehen, besonders vorstellen und würdigen.

Bei dieser Einbindung der Zivilgesellschaft – egal, ob das Hochschulkooperationen waren oder Bürgervereine – war uns wichtig, dass nur die Be-

werbungen erfolversprechend waren, die eine besonders enge Einbindung der französischen Seite bzw. von französischen Partnern aufwiesen. Auf diese Weise versprechen wir uns davon ein gewisses Maß an Nachhaltigkeit.

Ja, Frau Löhrmann, wir wollen das Thema Integration in den Mittelpunkt des großen Bürgermeisterkongresses in Köln stellen, bei dem wir versuchen wollen, die Städtepartnerschaften ein wenig auf Inhalte abzuklopfen, neue Projekte zu fördern und einen möglichst intensiven Dialog zu erreichen.

Das wollen wir abschließend auch mit einer großen deutsch-französischen Konferenz im nächsten Frühjahr auf dem Petersberg tun, die nicht nur eine einmalige Veranstaltung sein soll, sondern mit der ein regelmäßiger und intensiver Dialog zwischen Deutschland und Frankreich angestoßen werden soll.

Wir sind offen für weitere gute Ideen im Ausschuss. Aber ich glaube, der Grundkonsens, der in dieser Frage herrscht, wird es uns erleichtern, aus diesem Nordrhein-Westfalen-Frankreich-Jahr ein erfolgreiches Projekt für Nordrhein-Westfalen zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/6320** an den **Hauptausschuss** – federführend – sowie an den **Kulturausschuss**. Die abschließende Beratung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Überweisung des Antrags ist damit einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

10 Nordrhein-Westfalen lehnt die Einführung eines Betreuungsgeldes ab

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6332

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen und unseren Familienminister zitieren, der am 17. August 2007 in der „Frankfurter Rundschau“ gesagt hat:

„Das Betreuungsgeld ist exakt die falsche Idee. Jetzt zusätzliches Bargeld an Familien auszuzahlen, ist unsinnig.“

(Beifall von GRÜNEN und FDP)

Und weiter heißt es dort:

„In dieser Frage stehe die gesamte nordrhein-westfälische Landesregierung auf der Seite von Bundesministerin Ursula von der Leyen.“

So der Minister in dem gleichen Interview.

Der Ministerpräsident dieses Landes bekräftigte am 4. August im „Spiegel“:

„Ich kann jede Mutter verstehen, die in den ersten Jahren bei ihrem Kind bleiben will. Dafür muss es aber keinen staatlichen Zuschuss geben. ...“

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

„Das Betreuungsgeld hilft nicht weiter.“

(Christian Lindner [FDP]: Sehr richtig!)

Von der Bundesfamilienministerin konnten wir am 31. Oktober des letzten Jahres hören:

„Eine Zahlung für Eltern, die für ihre Kinder keinen Krippenplatz beanspruchen, ist bildungspolitisch eine Katastrophe“.

Das, meine Damen und Herren, stimmt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das können wir voll unterschreiben. Das ist richtig.

(Christian Lindner [FDP]: Genau!)

Nicht richtig und problematisch ist, dass genau diese bildungspolitische Katastrophe von der gleichen Familienministerin am 27. Februar gemeinsam mit ihrem sozialdemokratischen Finanzminister vereinbart wurde. Genau das ist festzustellen.

Hier im Landtag hatten wir ja schon einmal die Diskussion zum Betreuungsgeld. Das war auch interessant. Herr Minister Laschet hat damals eine Stellungnahme verlesen lassen, die ziemlich bemerkenswert war und exakt am Thema vorbeiging. Die SPD war gegen das Betreuungsgeld. Nur Frau Kastner als familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion hielt sich tapfer in der Plenardebatte an der Seite der CSU.

Da fragt man sich doch: Wie kann so etwas sein? Es gibt einen breiten Konsens unter Fachleuten. Große namhafte Teile der CDU – haben Sie das Lob gehört? – und des Koalitionspartners SPD argumentieren gegen das Betreuungsgeld und beziehen Position dagegen. Und dennoch wird dieser bildungspolitische Unsinn in der Bundesregierung in Berlin vereinbart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jeder vernunftbegabte Mensch in diesem Land sieht, dass das familien-, frauen- und integrationspolitische falsche Weg ist und dass falsche Weichenstellungen vorgenommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen leider aber auch wahrnehmen, dass der konservative Teil der katholischen Kirche – zum Glück gibt es noch einen anderen – in Gestalt von Herrn Mixa über seinen verlängerten Arm, die CSU, offenbar noch enormen Einfluss auf die politischen Kräfte in diesem Land hat.

Wir sehen übrigens auch mit Interesse, dass die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Herrn Mixa offensichtlich näher steht als Ihrem Familienminister und Ihrem Ministerpräsidenten.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Auch das haben wir wahrgenommen. Denn Herr Rüttgers hat vollkommen Recht, wenn er feststellt: Wenn wir wirklich finanzielle Unterstützung für Eltern geben wollen, die für die Kinderbetreuung zu Hause bleiben und auf eine Berufstätigkeit verzichten, müssen wir bei den Rentenansprüchen ansetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt, die Erziehungszeiten müssen sehr viel stärker auf die Renten angerechnet werden. Was aber am Ende herauskommt, wenn der Vater oder die Mutter bei den Kindern zu Hause bleibt, ist wirklich armselig. Eine Änderung dessen wäre eine entscheidende, substanzielle, finanzielle Verbesserung für Eltern, die sich entscheiden, zu Hause bei ihren Kindern zu bleiben.

Wir sehen alle, welche fatale Wirkung dieses Gesetz haben wird. Wir sehen das jetzt schon in Thüringen, wo es nämlich schon ein solches Betreuungsgeld gibt. Dort sind die Zahlen der Kinder und der unter Dreijährigen, die in einer öffentlichen Einrichtung, in einer Krippe betreut werden, tatsächlich gesunken.

Wir sehen in dieser Diskussion aber auch: Die CDU hat ein Problem mit ihrer grundsätzlichen familienpolitischen Ausrichtung. Da herrscht Verwirrung statt konzeptioneller Klarheit. Die CDU will irgendwie modern sein, andererseits kann sie sich von ihren alten Zöpfen nicht lösen. Das genau ist ihr Problem; das zeigt sich an dieser Frage überdeutlich. Die CDU hat keinen klaren Familienbegriff mehr. Deshalb schwankt sie wie ein Rohr im Wind zwischen Frau von der Leyen und dem besagten Herrn Mixa.

Jetzt passiert Folgendes: Mit der Herdprämie wird eine weitere Transferleistung eingeführt. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 3 Milliarden € zusätzliche Kosten jährlich anfallen. Zum gleichen Zeitpunkt – das sollten wir uns alle, meine Damen und Herren, klarmachen – gibt es eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission, die genau diese finanziellen Transferleistungen, die es bis jetzt schon gibt, auf den Prüfstand stellen soll. Das ist auch richtig so!

(Beifall von den GRÜNEN)

Es macht aber überhaupt keinen Sinn, in dieser Situation eine weitere milliardenschwere Transferleistung einzuführen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte kommen Sie zum Schluss, Frau Kollegin; Ihre Redezeit ist zu Ende.

Andrea Asch (GRÜNE): Das ist Politik ohne Plan und Konzept; das müssen wir eindeutig feststellen. Wir brauchen und wollen keine Regelung, mit der der Staat dafür bezahlt, dass Kinder von Bildungseinrichtungen ferngehalten werden.

Ich bitte Sie deswegen, ein klares Signal von diesem Landtag ausgehen zu lassen – viele haben sich schon eindeutig positioniert –, dass wir diesen Rückschritt in die Familienpolitik der 50er-Jahre nicht mittragen werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Grunendahl.

Wilfried Grunendahl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grünen haben ein weiteres Mal einen Antrag vorgelegt, der staatlichen Dirigismus fordert und – das finde ich ganz schlimm, Frau Asch – die Familien weiter schwächt.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Ihr Antrag greift viel zu kurz. Auf der einen Seite loben Sie die Betreuung von kleinen Kindern außerhalb des Elternhauses heute über den grünen Klee. Auf der anderen Seite verteufeln Sie Eltern, die ihre Kinder selber erziehen möchten.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wie bitte?)

Wir von der CDU-Fraktion setzen uns für Wahlfreiheit ein. Eltern sollen selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind in eine Kindertageseinrichtung geben wollen oder nicht. Wir bauen in Nordrhein-Westfalen mit großem Erfolg die Betreuungsinfrastruktur weiter aus und setzen auf Wahlfreiheit und auf Flexibilität in den Einrichtungen.

Es ist das gute Recht der Eltern, ihr Kind gerade in den ersten drei Lebensjahren selber zu erziehen. Diese Eltern behandeln ihr Kind nicht schlechter als Eltern, die ihr Kind in eine Kindertageseinrichtung geben. Ganz im Gegenteil: Für die Entwicklung des Kindes sind die Eltern, ihre Liebe und ihre Fürsorge aus unserer Sicht besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, ich halte es für grundlegend falsch, Eltern, die ihr Kind in den ersten drei Lebensjahren nicht in eine Kindertageseinrichtung schicken, so zu verteufeln. Es ist vielmehr die natürlichste Sache der Welt, dass Eltern ihr Kind selber erziehen, wenn es eben möglich ist.

(Beifall von der CDU – Andrea Asch [GRÜNE]: Zuhören!)

Wahr ist: Die Anerkennung der Erziehungsleistung der Familien und die Stärkung der Wahlfreiheit der Eltern sind und bleiben eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft. Wahr ist auch: Die Grünen leisten hierzu keinen Beitrag.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wo leben Sie denn? – Weiterer Widerspruch von den GRÜNEN)

Vielmehr behaupten Sie, Kinder seien nur in Kindertagesstätten gut aufgehoben. Das ist eine Verhöhnung aller Eltern, die ihr Kind selber erziehen möchten.

(Beifall von Wolfgang Hüsken [CDU] – Carina Gödecke [SPD]: Oi, oi, oi!)

Viele Familien nehmen ihren Erziehungsauftrag sehr verantwortlich wahr. Unsachgemäß ist, allein diejenigen Familien in den Fokus zu nehmen, die mit dieser Aufgabe offensichtlich überfordert sind und deshalb unterstützende Dienstleistungen benötigen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Löhrmann?

Wilfried Grunendahl (CDU): Nein, ich möchte weiter vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie gestatten keine Zwischenfrage. – Danke.

Wilfried Grunendahl (CDU): Es ist auch Aufgabe der Politik, meine Damen und Herren, sich den intakten und funktionierenden Familien zuzuwenden und sie zu stärken. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen setzen vor dem Hintergrund der Wahlfreiheit der Eltern auf die Stärkung der frühkindlichen Förderung.

Sie stellen das in Ihrem Antrag so dar, als ließe der neue § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes lediglich die Einführung eines Betreuungsgeldes zu. Dies wird aber lediglich als ein Beispiel genannt. Vieles spricht doch dafür, Eltern, die ihre kleinen Kinder gut erziehen und für sie sorgen, finanziell zu unterstützen. Das Erziehungsgeld kann ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Wahlfreiheit der Familien sein.

Genauso gut, meine Damen und Herren, kann ich mir aber vorstellen, dass die Erziehungszeiten noch stärker bei der Rentenzahlung der Eltern berücksichtigt werden. Auch das ist ein Beitrag zur Anerkennung der Erziehungsleistung innerhalb der Familien.

Ich fordere Sie deshalb auf, den Antrag gemeinsam mit uns abzulehnen und festzustellen: Eltern müssen ein echtes Wahlrecht haben, ob sie ihr Kind in den ersten drei Lebensjahren in einer Tageseinrichtung betreuen lassen wollen oder nicht. Das Betreuungsgeld, meine Damen und Herren, sowie der weitere Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige fördern die Wahlfreiheit der Familien. Das ist uns sehr wichtig.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sprechen gerade gegen Ihren Ministerpräsidenten!)

Bevormundung durch den Staat, wie sie von den Grünen vorgeschlagen wird, Frau Löhrmann, brauchen die Eltern nicht. – Schönen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Grunendahl. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schön, dass Sie fünf Minuten Zeit für mich haben. Leider sind nicht ganz so viele im Saal. Aber es ist ein wichtiges Thema, und ich möchte einige Punkte nennen, für die die SPD steht.

Die SPD steht für einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung vor allen Dingen für die unter Dreijährigen, weil wir wissen, dass damit vielen Familien, aber insbesondere auch Alleinerziehenden geholfen werden kann, einer selbstbestimmten Arbeit nachzugehen, die sie vor Armut schützt. Denn Kinder sind nach wie vor das häufigste Armutsrisiko in unserem Land; das müssen wir wissen. Deshalb: Gute Kinderbetreuung staatlich zu organisieren, mit unseren Verbänden zu organisieren, bedeutet auch immer die Chance für Familien und für Alleinerziehende, sich selber zu versorgen, sich selber zu ernähren. Ein ganz wichtiger Punkt!

Aber die SPD-Fraktion will das nicht nur aus diesem Grund, nicht nur, weil wir den Eltern, weil wir den Alleinerziehenden dadurch helfen, sich sozial zu stabilisieren, sondern vor allen Dingen auch deshalb, weil wir glauben, dass wir mit unseren Einrichtungen Chancengleichheit erzielen können, die wir sonst in den Familien so nicht erreichen können.

Wir wollen, dass die Defizite, die die Kinder aus den Familien leider zum Teil mitbringen, in den Einrichtungen behoben werden – ob durch Sprachförderung oder durch Förderung des sozialen Verhaltens. Wir wollen durch unsere Einrichtungen Zugangsgerechtigkeit beim Übergang zur Schule – auch zur weiterführenden Schule – schaffen. Das ist ganz wichtig. Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit fängt mit einer guten Betreuung in der Kita an. Das ist für uns ein zentraler Punkt.

Deshalb gehört das wenige Geld, das wir in diesem Bereich überhaupt zur Verfügung haben, vor allen Dingen in unsere Einrichtungen. Herr Minister Laschet, Sie haben meiner Aussage bei den Haushaltsplanberatungen im Dezember zugestimmt, dass es nichts nutzen würde, die Transferleistungen zu erhöhen. Wir brauchen keine Erhöhung um 200 oder 300 oder 400 oder 500 €, denn das würde für das zentrale Problem, das wir haben, keine Rolle spielen. Wir würden den Kindern damit in Wirklichkeit nicht helfen. Vielmehr brauchen wir aus den gerade genannten Gründen vernünftige Einrichtungen. Das kommt den Kindern zugute.

Wir wissen alle, dass viele Familien, ob aus sozialen Gründen oder wegen fehlender intellektueller Einsicht in erzieherische und pädagogische Maßnahmen, dieses zusätzliche Geld eben nicht dafür nutzen, ihren Kindern zu helfen, sondern es in anderer Weise investieren, sodass es häufig nicht bei den Kindern ankommt. Deshalb ist das von Ihnen vorgesehene Betreuungsgeld ein falscher Weg, ein ideologischer Weg der Rechtskonservativen in der CSU und, wie wir gerade gehört haben, auch in der CDU. Das war ja wirklich eine Vorstellung aus den 50er-Jahren, die Sie hier abgeliefert haben, Herr Kollege Grunendahl.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man kann daran ermessen, dass meine liebe Kollegin Andrea Asch völlig Recht hat: Sie sind in der Union in dieser Frage krusendull aufgestellt.

(Minister Armin Laschet: Die SPD stimmt doch zu in Berlin!)

Sie müssen sich wirklich einmal an die Lebensrealitäten der Menschen in unserem Land gewöhnen und sehen, in welcher Lebenssituation viele Familien und vor allen Dingen Alleinerziehende sind.

(Karl Schultheis [SPD]: Zurück in die Zukunft!)

Wenn Sie das täten, würden Sie, glaube ich, Ihre Meinung überdenken. Ich hoffe, dass die Liberalen – Christian Lindner wird ja gleich dazu sprechen – das etwas anders sehen.

Ihnen, der CDU, schwebt als Leitmotiv also immer noch die Familie aus den 50er-Jahren vor. Diese Vorstellung wird wirklich nur noch von den Linken getoppt.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dieses Krusendulle wird nur noch von den Linken getoppt. Die sind derart unterwegs – das spottet jeder Beschreibung. Der Kollege Sagel ist jetzt leider nicht da.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Der ist schon zu Hause! – Allgemeine Heiterkeit)

– Der ist schon zu Hause! Ja, gut. Wenn ich sehe, wie sich die Linken zu diesem Thema äußern, wäre ich an seiner Stelle auch nach Hause gefahren.

(Zuruf)

– Zu den Koalitionen sage ich gleich noch etwas, Herr Laschet. Freuen Sie sich schon mal!

Christa Müller, familienpolitische Sprecherin der Linken im Saarland und hauptberuflich, glaube ich, Ehefrau von Oskar Lafontaine, fordert genau das, was die CDU auch fordert: ein Betreuungsgeld für Eltern. Sie will im ersten Lebensjahr des Kindes 1.600 € brutto, im zweiten Lebensjahr 1.000 € brutto und dann – man halte sich fest! – 500 € bis zum 20. Lebensjahr. Es ist ein Gesamtvolumen von 40 Milliarden €, das sie da mal eben verpulvert und fordert. Das ist wirklich ein Nirvana.

(Christian Lindner [FDP]: Mit denen wollt ihr koalieren!)

– Wir wollen mit denen nicht koalieren, lieber Christian, wir wollen die heraushalten. Wir suchen die inhaltliche Auseinandersetzung. Und an dem Punkt stellen wir sie!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihr seid auf der falschen Fährte – mit denen zusammen. Die CSU ist in der Frage doch näher bei den Linken als wir.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die inhaltliche Auseinandersetzung müssen wir suchen. Dazu kannst du hier gleich gerne etwas sagen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion wird den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ablehnen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Ach!)

Das hat nichts zu tun mit der inhaltlichen Dimension – ich werde das gleich noch ausführen –, sondern damit, dass das hier doch ein ganz offensichtlicher Versuch ist, Sozialdemokraten und Christdemokraten gleichermaßen in eine schwierige Situation zu bringen.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

Denn beide Parteien haben auf Bundesebene schließlich einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist wieder diese liberale Männlichkeit!)

Beide Parteien haben durchaus einen schwierigen internen Meinungsbildungsprozess abgeschlossen.

Ich erinnere etwa daran, dass unser nordrhein-westfälischer Familienminister sich auf dem Bundesparteitag der CDU gegen das Betreuungsgeld verwendet hat, gegen das Betreuungsgeld argumentiert hat – wie auch Ministerpräsident Rüttgers. Sie kämpfen hier in Nordrhein-Westfalen gegen einen familienpolitischen Popanz, denn die nordrhein-westfälische CDU ist durchaus progressiv aufgestellt, wie wir als Freie Demokraten das auch sind.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Also: Sie kämpfen hier gegen einen Popanz.

In der Sache hat sich an unserer Bewertung als Freie Demokraten indes nichts verändert; wir haben schon verschiedentlich über ein Betreuungsgeld gesprochen. Ich will das an einigen wenigen Punkten deutlich machen.

Wir sind der Auffassung, dass alle Familienmodelle gleichermaßen Wertschätzung verdienen. Da unterscheiden wir uns durchaus von Sozialdemokraten, von Grünen und vielleicht sogar von Christdemokraten. Während die politische linke Seite, die hier vorne sitzt, zwar die Wahlfreiheit betont, gibt es doch viele bei Ihnen, die mit einem gewissen Argwohn auf junge Frauen und Männer schauen, die zu Hause bleiben.

(Zurufe von der SPD)

Es besteht der Argwohn, dass diese vielleicht nicht so richtig emanzipiert sind.

(Zurufe von der SPD)

Auf der anderen Seite gibt es immer noch viele Konservative,

(Zurufe von der SPD)

die doch fragen, ob das im Sinne der Kinder sein könnte und nicht vielleicht doch Benachteiligungen zu befürchten seien, wenn junge Frauen und Männer Familie und Erwerbsleben vereinbaren wollen.

(Zurufe von der SPD)

– Jetzt regt sich die SPD so auf. Entschuldigung, was hat denn Kollege Jörg eben gesagt? Herr Kollege Jörg hat eben gesagt, er möchte die Kinder in die institutionelle Kinderbetreuung bringen, um allen Kindern Chancen zu eröffnen. Das ist doch das Misstrauen gegenüber Elternhäusern; diese könnten nicht in der Lage sein, ihren Kindern entsprechende Chancen zu eröffnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das hat er doch hier so gesagt. Das ist genau das, was ich meine. Der Staat hat nicht Zensor privater Lebensentwürfe zu sein,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

seien sie so oder so ausgerichtet.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Lohrmann?

Christian Lindner (FDP): Nein, von den Grünen heute nicht.

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE]: Sehr liberal!)

Heute haben wir schon genug Zeit verschwendet. Jetzt wollen wir nicht noch mehr verzögern, damit wir in die Osterpause kommen. Ich bin sonst immer ein großer Freund des parlamentarischen Kampfsports. Sie haben aber heute schon genug Unsinn verzapft. Das will ich nicht noch durch eine Frage verlängern.

Wenn es darum geht, Familien zu stärken, erreichen wir das nicht durch eine zusätzliche Transferleistung. Wir erreichen es nur durch den Ausbau der institutionellen Betreuungsangebote, wie wir das hier in Nordrhein-Westfalen realisieren.

Wenn man nämlich die jungen Frauen und Männer fragt, die zu Hause bleiben, warum sie das tun, stellen wir fest: Nach aktuellen Umfragen bleiben 73 % von ihnen nicht freiwillig bei ihren Kindern zu Hause, sondern es ist eine erzwungene Entscheidung, weil es keine hinreichenden Betreuungsmöglichkeiten gibt. Wir brauchen dieses Betreuungsgeld deshalb nicht. Wir brauchen eine Verstärkung der institutionellen Angebote. So handeln wir hier in Nordrhein-Westfalen.

Frau Asch hat auf thüringische Erfahrungen mit einem Erziehungsgeld hingewiesen. Sehr viel länger gibt es solche Erfahrungen in Norwegen. Dort zeigt sich ein beklagenswerter Zusammenhang: Insbesondere die bildungsfernen Familien, die kein hinreichendes Anregungsklima in der Familie haben, nutzen das Betreuungsgeld und lassen ihre Kinder zu Hause. Andere, die vielleicht schon stärker in der Erwerbstätigkeit stehen, lehnen dieses Betreuungsgeld ab; sie nehmen es nicht in Anspruch.

(Zuruf von der SPD)

Wenn man also eine Leistungsbilanz zwischen den unterschiedlichen Elementen der Familienpolitik zieht, ist das erfolgversprechendste Instrument der Kinderbetreuung nicht das der Transferleistungen.

Trotzdem brauchen wir diesen Antrag nicht. Es ist die Auffassung aller Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag. Sie versuchen hier nur einen kleinen politischen Judotricks, um die größeren Fraktionen – insbesondere die CDU – auf das Glatteis zu führen. Zu solchen Spielereien wollen wir Ihnen nicht beispringen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laschet.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Laschet, Sie brauchen ja nicht abzustimmen! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Löhrmann, liebe Frau Asch! In Anlesung an den großen Dichter Goethe -Torquato Tasso – könnte man sagen: Man spürt die Absicht und ist gewarnt. Wenn die Grünen die Regierung, den Ministerpräsidenten und den Familienminister so viel loben und überhaupt nur noch loben, wird es ganz verdächtig.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genießen Sie es!)

– Ich genieße es ja auch.

(Zurufe)

Wir können aber im Parlament einige Dinge zu diesem Betreuungsgeld sagen.

Erstens. Der grundsätzliche Wunsch, eine Familie zu gründen und familienfreundliche Rahmenbedingungen vorzufinden, scheitert bei uns noch immer an diesen Rahmenbedingungen. Deshalb ist es richtig, dass der Bund – vertreten durch die Bundesfamilienministerin – mit dem neuen Gesetz Verbesserungen schafft.

Zweitens. Familienarbeit als gesellschaftliche Leistung anzuerkennen heißt, eine gute Infrastruktur bereitzuhalten und finanzielle Unterstützung für Familien zu geben. Echte Wahlfreiheit heißt auch, bessere Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, als wir sie heute haben.

Deshalb ist das Bundesgesetz, in dem das Betreuungsgeld geregelt ist, ein sehr gutes Gesetz. Es erleichtert uns, für ein Drittel der Kinder in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2013 Plätze bereitzustellen. Das betrifft gerade die Betreuung der unter Dreijährigen.

Als Weiteres kommt das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld hinzu. Es unterstützt junge Eltern dabei, sich im ersten Lebensjahr um ihr Kind zu kümmern und sich die Erziehungsverantwortung zu teilen.

Frau Asch, ein Satz ist falsch. Wenn ich es richtig mitgeschrieben habe, haben Sie eben gesagt, es sei falsch, Geld zu geben, um Kinder aus staatlichen Bildungsangeboten fernzuhalten. – Das macht auch das Elterngeld. Das Elterngeld gibt für einen bestimmten Zeitraum Geld, damit der Vater oder die Mutter in diesem Jahr bei den Kindern bleibt. Es erstattet bis zu 67 % des Gehalts, damit sich jemand in diesem ersten Lebensjahr – plus zwei „Vätermonate“ – um die Familienarbeit kümmert. Insofern ist die Grundthese falsch, man solle kein Geld geben, um Kinder aus staatlichen Einrichtungen fernzuhalten. Sonst müssten Sie mit den gleichen Argumenten sagen: Die Kinder sollten am besten noch im ersten Jahr schnell in staatliche Einrichtungen gegeben werden.

Das Kinderförderungsgesetz ist eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des Instrumentes Elterngeld. Wer einzelne Familienleistungen isoliert betrachtet, springt also zu kurz.

Nun stellt sich die Frage, was zum Betreuungsgeld zu sagen ist. Sie wissen, es ist ein Kompromiss von CDU, CSU und SPD. Herr Kollege Lindner hat darauf hingewiesen. Auch die SPD hat in dieser Frage, über die wir heute streiten, auf Bundesebene zugestimmt, und zwar mit der Formulierung, dass der Gesetzgeber im Jahr 2013 über die konkrete Ausgestaltung nachzudenken hat. Dieser Kompromiss ist ein guter Kompromiss. Deshalb wird man 2013 sehen, welche Mehrheiten es gibt, um das Ganze einzuführen. Es ist aber richtig, jetzt Ja dazu zu sagen, damit das große Paket kommt.

Nun möchte ich etwas zu dem sagen, was Sie gegenüber dem Kollegen Grunendahl geäußert haben. Das unterscheidet uns in der Tat fundamental. Wir haben zwar auf dem Bundesparteitag und anderswo gesagt, wir seien gegen das Betreuungsgeld; aber wir sind nicht dagegen, Familienarbeit anzuerkennen. Wir wollen, dass derjenige, der zu Hause Kinder erzieht, dafür eine Anerkennung bekommt.

Das hat Kollege Grunendahl hier begründet: Wer sich dazu entscheidet, sein Kind unter drei Jahren nicht in eine Krippe zu geben, sondern zu Hause zu erziehen, der soll eine Anerkennung bekommen. Wir hätten uns das eher bei den Rentenleistungen vorstellen können. Aber die Anerkennung der Familienleistung unterscheidet uns von SPD

und Grünen. Denn Sie wollen für Mutter oder Vater, wenn sie zu Hause bleiben, um Kinder zu erziehen, ...

(Widerspruch von Andrea Asch [GRÜNE])

– Nein, das haben Sie nicht gesagt. Sie haben gesagt, Sie seien dagegen, Geldleistungen zu geben, damit man einer staatlichen Institution fern bleibt.

(Erneut Widerspruch von Andrea Asch [GRÜNE] – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]:
Schauen Sie einmal im Protokoll nach!)

– Doch, das haben Sie wohl gesagt. Natürlich haben Sie das gesagt.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Nein!)

Das ist ja auch Ihre Position in dieser Frage.

Wir sind dafür, dass man die Leistung von Eltern, die Kinder erziehen, anerkennt. Insofern gibt es an der Stelle gar keinen Dissens. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft man durch das Ganze. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unterstützt auch an der Stelle die Bundesministerin und die Große Koalition in dem Gesetz, dass in wenigen Wochen vom Bundestag verabschiedet wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet.

Die Antragstellerin hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen also zur direkten Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/6332**. Über den Inhalt dieses Antrags ist diskutiert worden. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

11 Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften erhöhen die Effizienz der Ermittlungen im Bereich der Dopingbekämpfung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4862

Beschlussempfehlung und Bericht
des Sportausschusses
Drucksache 14/6325

Ich weise noch darauf hin, dass der Antrag gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Sportausschuss mit der Maßgabe überwiesen wurde, dass eine Beratung und Abstimmung über den Antrag erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht liegen vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Peschkes das Wort.

Hans-Theodor Peschkes* (SPD): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Dopingbekämpfung im Bündnis für Sport keinen Niederschlag gefunden hat, bleibe ich dabei: Die Dopingbekämpfung gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Sportpolitik.

(Beifall von der SPD)

Denn Doping ist Betrug, Betrug am Mitkonkurrenten im Wettkampf, Betrug gegenüber den Sponsoren, Betrug gegenüber den Zuschauern. Vor allem ist Doping ein ganz schlechtes Vorbild für Kinder und Jugendliche.

(Beifall von der SPD)

Deshalb ist es folgerichtig, dass der Bundesgesetzgeber durch das Antidopinggesetz den Kampf gegen die Betrüger und Manipulierer aufgenommen hat und das nicht alleine den Sportverbänden überlässt. Denn wer sich näher mit der Dopingproblematik befasst, weiß, dass der Sportler, der sich die leistungssteigernden Mittel aus der Apotheke besorgt, in diesem Kontext nicht das ganz große Problem ist.

Problematisch sind die Netzwerke, die hinter den Sportlern stehen. Das sind in der Regel Ärzte, Betreuer, Trainer, Händler und auch Manager, die alles Verbotene besorgen. Als Stichwort nenne ich nur Dr. Fuentes in Spanien. Dort wissen wir, wie Netzwerke aussehen. Die spanische Justiz bemüht sich bis heute, Dr. Fuentes zu belangen.

Das Antidopinggesetz, das wir jetzt haben, bietet die Möglichkeit, in die Netzwerke der Betrüger einzudringen. Aber auch mit diesem Gesetz bleibt die Bekämpfung eine hochkomplexe Materie. Deshalb ist es erforderlich, dass die staatlichen Dopingfahnder nicht mehr den berühmten Schritt hinter den Doper zurückbleiben, sondern wissenschaftlich und organisatorisch mit den Tätern auf Augenhöhe sind.

Deshalb sind wir der Meinung, dass eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Doping am ehesten etwas erreichen kann. Besonders geschulte und